
Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014

Für eine ökologische, nachhaltige, europäische Agrarpolitik

Die Landwirtschaft in Bayern ist nur durch europäische Förderungen überlebensfähig. Die Agrarpolitik ist aber auch eines der wenigen Politikfelder, bei denen die Europäische Union die wichtigste Instanz ist. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU setzt Standards, die uns sowohl in der Natur und im Supermarkt begegnen, aber auch die globale Handelspolitik beeinflussen. Viele der Anforderungen an die Gemeinsame Agrarpolitik sind überholt und dienen mehr der Unterstützung von Massentierhaltungsbetrieben als ökologischen Landwirtschaftsbetrieben, die Akteure der regionalen Wirtschaft sind.

Wir brauchen eine Veränderung zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die soziale und ökologische Aspekte in den Vordergrund stellt, ohne Regionen innerhalb der EU zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine grünere, weitsichtigere Agrarpolitik in Europa Wirklichkeit wird.

Keine Subventionen für den europäischen Exportmarkt

Die in Europa produzierten Nahrungsmittel sind längst nicht mehr nur da, um den Nahrungsmittelbedarf in der EU zu decken. Vielmehr geht es darum, dass landwirtschaftliche Großbetriebe überall auf der Welt konkurrenzfähig sein können und die nicht in der EU abgesetzten Produkte in Länder mit besonders sensiblen Lebensmittelmärkten exportieren, in denen damit lokale Landwirtschaftsstrukturen zerstört werden. Wir fordern deshalb, dass Subventionen bei Exporten aus der EU zurückgezahlt werden müssen.

Greening in der Gemeinsamen Agrarpolitik

Die Prämien der Gemeinsamen Agrarpolitik werden zu einem erheblichen Teil als Flächenprämien vergeben. Davon profitieren intensive Großbetriebe. Die Belastung für die Landschaft, die diese Betriebe normalerweise verursachen, wird nicht eingepreist. Bürger*innen in der Europäischen Union haben außerdem das Anrecht darauf, dass ihre Steuergelder auch wirklich für Leistungen, die der Allgemeinheit zu Gute kommen, wie Kulturlandschaftspflege, Erhaltung der Biodiversität und Klimaschutz, genutzt wird und nicht für landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen, die normalerweise genau das Gegenteil davon tun, um noch effizienter zu arbeiten. Die bisherigen Annäherungen im Greening sind längst nicht ausreichend.

Wir fordern, die Erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU einem weitreichendem Greening zu unterziehen. Für uns heißt das, dass die Kriterien für die Subvention von landwirtschaftlichen Betrieben harten ökologischen Standards unterworfen sein müssen. Als besonders wichtig sehen wir hier das Einhalten von Fruchtfolgen, Leguminosenanbau und mindestens 10% Vorrangflächen der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche jedes Betriebes an. Mittelfristig fordern wir eine Abschaffung der flächenbezogenen Agrarsubventionen.

Beschluss des 34.Landesjugendkongress in Regensburg vom 11. bis 13.April 2014

Dafür wollen wir eine Aufstockung der Zweiten Säule. Wir wollen die Förderungen an den tätigen Menschen festmachen und für diese ein Grundsicherung gewährleisten. Außerdem wollen wir die Förderung langfristig ausschließlich auf die Produktion biologischer und ökologischer Produkte verwenden.

Keine Gentechnik auf den Feldern und im Essen!

Gentechnisch veränderte Organismen bedeuten unkalkulierbare Risiken für Umwelt, Gesundheit und Gesellschaft.. Ohne eine langjährige, gründliche Erforschung der Risiken, ist der Einsatz von genverändertem Saatgut und Lebensmitteln für uns undenkbar. Wir fordern, die Zulassung aller genveränderten Lebensmittel in Europa zurückzunehmen. Zur schnellen Umsetzung setzen wir uns auch für die Möglichkeit eines nationalen Anbauverbots ein. Außerdem fordern wir ein Einfuhrverbot von genveränderten Produkten und Maßnahmen, welche Verunreinigungen in Saatgut und Pflanzen verhindern.

Transparenz bei Lebensmitteln – Für echten Verbraucher*innenschutz

Wir fordern eine europaweit verpflichtende Herkunftsangabe für Lebensmittel sowie eine Kennzeichnung der Tierhaltungsform. Außerdem wollen wir klare Angaben zu tierischen Erzeugnissen in Lebensmitteln und ihrer Verwendung bei der Lebensmittelproduktion sowie eine verpflichtende, klare Kennzeichnung vegetarischer beziehungsweise veganer Lebensmittel. Die Vorzugsbehandlung tierischer Produkte wollen wir beenden. Wir fordern, dass tierische Produkte nicht unter den ermäßigten Steuersatz fallen dürfen. Außerdem sollen Begriffe wie Milch nicht mehr geschützt sein dürfen, solange der Ersatzstoff aus dem Namen klar hervorgeht, wie beispielsweise bei Sojamilch.